

# Der Wertil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Korrespondenz: Amt Königsplatz, Nr. 107a.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 30 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgebühren sind an Otto Jehms, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postkontonummer Berlin 5398.

**Inhalt.** Wertung der Freiheit (Gedicht). — Um die Gewerkschaften! — Theorie und Praxis. — Etwas vom Terrorismus. — Zum Kohlenmangel in den Flachsbereitungen (II). — Getaus, Posamentierer! — Aus der Handschuhindustrie. — Aus der Textilindustrie. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsteil: Der Zukunftsstaat.

### Wertung der Freiheit.

Erhält der Sklave seine Freiheit,  
Genießt er sie zum Ueberdruß.  
Dah aber steht er, weil er muß,  
Vor dem Dilemma einer Zweifelt.

Die Sklaverei ist ihm Gewöhnung,  
Er fühlt sich wohl in ihrem Kreis.  
Die Freiheit wertet er nach Preis  
Und nach dem Stande seiner Lösung.

Sein Geist, vernechtet und verflümmert,  
Begreift den Sinn der Freiheit nicht,  
Drum speit er ihr ins Angesicht  
Und ruht nicht, bis er sie zertrümmert.

Biktor Kalinowski.

### Um die Gewerkschaften!

Um die Gewerkschaften ist ein bestiger Kampf entbrannt, der seitens einiger radikaler Gruppen der Arbeiterbewegung heftig geführt wird und darauf hinausläuft, die Gewerkschaften in ihrer bestehenden Form zu zerstören. Die Spaltung der sozialdemokratischen Partei hat durch die Einseitigkeit der Arbeiterschaft nicht auf die Gewerkschaften übergegangen. Die Tageskämpfe der Gewerkschaften gegen das Unternehmertum haben der Arbeiterschaft immer und immer von neuem wieder eindringlich vor demonstriert, daß nur die gewerkschaftliche Einheit Erfolg in den Kämpfen voraussetzt. Aus diesem Grunde hat sich die Spaltung der politischen Partei nicht auf die Gewerkschaftsorganisation zu übertragen vermocht. Die Macht der Tatsachen hat für die feste Verankerung des Einheitsgedankens in den Gewerkschaften gewirkt. Wenn heute noch angesichts des heftigsten Bruderkampfes in den politischen Parteien die Arbeitermassen den Gewerkschaften in hellen Strömen zufließen, so zeigt dies, daß die Arbeitermassen in richtiger Erkenntnis ihrer wirtschaftlichen Kampfstellung gegen das Unternehmertum handeln. Die gegensätzliche politische Parteistellung hat die Arbeitermassen nie gehindert, ihre wirtschaftlichen Kämpfe gemeinsam zu führen und in den Gewerkschaften sich zusammenzufinden.

Die radikalen Parteigruppen, die auf die Zertrümmerung der Gewerkschaften hinarbeiten, glauben hierdurch Teile der Arbeiterschaft dem politischen Einfluss, der in den Gewerkschaften im allgemeinen herrscht, zu entziehen und somit ihrer Parteiauffassung dienlich zu machen. Es steht ohne Zweifel fest, daß die mehrheitssozialistische Partei dadurch, daß die Gewerkschaftsführer und die namhaften Vertreter der

Generalkommission die Politik der mehrheitssozialistischen Partei stützen und fördern, einen großen Teil ihrer Mitglieder der Gefolgschaft der Gewerkschaftsführer zu danken haben. Die Politik der Gewerkschaftsführer hat auf die Massen gewirkt, und nur dadurch war es möglich, daß so lange Zeit die mehrheitssozialistische Partei größere Arbeitermassen hinter sich hatte.

Deshalb die Zertrümmerung der Gewerkschaften zu fördern, ist ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. Diese „Arbeiterführer“ erblicken hierin das Mittel, spekulierend auf die unzufriedenen Arbeitermassen in den Gewerkschaften, ihrer Parteigruppe eine politische Machtstellung zu verschaffen.

Die kommunistische Partei Deutschlands hat nach einem Rundschreiben der „R.-P.“ vom 28. August 1919 folgende Richtlinien zur Gewerkschaftsfrage formuliert:

1. Die Gewerkschaften haben sich, worüber in unseren Reihen kein Streit ist, als ein gegenrevolutionäres Instrument erwiesen, und im gegenwärtigen Stadium der Revolution ist dieses konterrevolutionäre Werkzeug vielleicht sogar das gefährlichste. Die bisherige Ansehung, als könne dieses konterrevolutionäre Element von innen bis in sein Kernzentrum, d. h. bis in die Zentralbureaus umgewandelt werden, kann nicht mehr aufrechterhalten werden. Zwar wäre eine solche Umgestaltung möglich, aber der Weg würde einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, als er für die Durchführung der Revolution überhaupt in Betracht kommt.

2. Von ganz besonderer Wichtigkeit ist abgesehen, wie in Rheinland-Westfalen, wo es sich um einen geschlossenen, ökonomisch einheitlichen Wirtschaftskörper handelt, und wie bei den Eisenbahnen, wo es sich gleichfalls um einen sich vom übrigen Wirtschaftskörper deutlich abhebenden Organismus handelt, der trotz seiner geographischen Zerstreuung eben durch das Mittel der Eisenbahn zusammengehalten wird, und wo deswegen auch die Gewerkschaften mit Recht über Form noch verhandelt werden, kann man nicht sagen, daß die Gewerkschaften ihrer Form nach überlebt seien, jedenfalls nicht in dem Grade, daß sie dem gesamten Wirtschaftskörper des Proletariats widersprechen. Da sprechen die Zahlen über die Zunahme der Gewerkschaften eine zu deutliche Sprache. Die Massen sind mit der Führung der Gewerkschaften und mit der Gewerkschaftsbureaus unzufrieden. Sie empfinden aber die Gewerkschaften selbst noch als ein Bedürfnis so sehr, daß sie trotz dieser Unzufriedenheit noch in hellen Scharen in die Gewerkschaften strömen.

3. Es wäre die Selbstauflösung der Partei, wenn wir angesichts dieser Tatsache unsere Genossen, die die härtesten Vorläufer des Proletariats sind, von da wegnehmen würden, wo die Massen des Proletariats heute noch stehen. Damit würde nicht nur das Geschehen, was die Gewerkschaftsbureaus am heftigsten wünschen, daß sie die „Schere“ los wird, sondern die Massen wären dann völlig ohne Rückhalt der Bureaus preisgegeben. Aus diesem Grunde können wir den Eingeständnis aus der Gewerkschaft nicht empfehlen. Eingeständnis ist Individualität und nicht Massenaktion und widerspricht im tiefsten Grunde all unserer kommunistischen Auffassung.

4. Wir müssen die Zertrümmerung der Gewerkschaftsbureaus zur Massenaktion machen. Das kann nur in der Weise geschehen, daß die Massen sich in geschlossenen Verbänden von ihrer konterrevolutionären Bureaus in den Gewerkschaften lösen.

a) Wo die örtlichen Zellen der Gewerkschaften sich dazu bereitfinden, lösen sie sich von der Zentralbureaus ab, spez. Beiträge usw.

b) Wo die örtlichen Zellen hierzu noch nicht bereit sind, schließen sich die kommunistischen Mitglieder fraktionsmäßig zu

gruppen und organisieren den Kampf um den Austritt ihrer örtlichen Zellen aus den Gewerkschaften. Dieser Kampf ist durchaus etwas anderes als der Kampf, der bis jetzt geführt wurde. Es gilt nicht mehr die Umänderung der bürokratischen Spitze, sondern deren Zerschlagung, nicht mehr die Wahl von Delegierten und die Abstimmung auf einem künftigen Kongress, sondern das sehr konkrete und greifbare Ziel eines Beschlusses der Zelle. Damit wird der Kampf um die Gewerkschaften in den Zellen ein realeres Gesicht bekommen und unzufriedenen Proletariats wird ein Ziel gezeigt, das sie sofort erreichen können, und die unzufriedenen Elemente, die heute aus diesem Gesicht heraussich von den Gewerkschaften zu wenden und ins Meer zu geben drohen, werden so bei der Masse gehalten werden und können ihr Teil dazu beitragen, auch die Gewerkschaften dem revolutionären Kampf dienstbar zu machen.

5. Die ausgeschiedenen Zellen schließen sich vorläufig nach ihren Wirtschaftsbereichen zu Arbeiterunionen zusammen. Da, wo bisher Arbeiterunionen bestanden, waren sie begründet auf der Betriebsorganisation. Ein großer Teil der hiernach ausgeschiedenen Gewerkschaftszellen wird sachlich organisiert sein. Wir halten es für eine zu große Belastung des jetzt entbrannten Kampfes um die Gewerkschaften, wenn mit der näherliegenden Frage über das Ausschneiden die entfernte liegende Frage der Organisation nach Betrieben verquillt wird. Wir sind auch weiter der Meinung, daß eine einheitliche Organisation auf der Basis der Betriebe oder, wie einige sagen, nach dem „Nährsystem“ sich nicht durchführen lassen. Deswegen sind wir der Meinung, daß diese Frage zurückzustellen sei. Im Vordergrund des Kampfes hat jetzt die Aufgabe zu stehen, daß möglichst große Massen geschlossen aus den Zentralverbänden herausgeführt werden. Ob diese vorläufig sachlich organisierten Arbeiter nach anderen Prinzipien organisiert werden müssen, das wird sich seinerzeit ergeben, sowohl das Ob als das Untenweit.

Wir sehen kein Hindernis darin, wenn die sich bildenden Arbeiterunionen so zusammengefaßt sind, daß ein Teil der ihnen angeschlossenen Verbände sachlich, ein anderer nach Betrieben organisiert ist.

6. Die Zusammenfassung nach Wirtschaftsbereichen ist nur als eine vorläufige gedacht. Ziel der Entwicklung ist die Zusammenfassung zu einer einheitlichen Reichsorganisation, an die herantreten wird, aber erst herantreten werden kann, wenn in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, jedenfalls in mehreren, entsprechende Arbeiterunionen sich gebildet haben.

Die Zeitläufe zeigen offen, daß es der R. P. D. auf nichts anderes ankommt, als die Gewerkschaften zu zertrümmern. Ueber das, was mit den abgelösten Filialen geschehen soll, haben sie sich noch keine feste Richtschnur gezogen. Das macht ihnen weniger Kopfschmerzen. Das nächste Ziel soll die vorläufige Zusammenfassung der zerrissenen Gewerkschaftsfilialen nach Wirtschaftsbereichen sein, gleichviel, ob sie sachlich oder örtlich in Arbeiterunionen organisiert sind. Die Union soll auch nur eine vorläufige Organisation sein, die zu einer Reichsorganisation führen soll, sobald in mehreren Wirtschaftsbereichen solche Unionen vorhanden sind. Die Reichsorganisation soll jedenfalls die kommunistische Partei selbst sein.

Daß die Kommunisten bereits ihre Tätigkeit diesen Richtlinien entsprechend aufgenommen haben, zeigt ein Brief eines unserer Verbandsfunktionäre. Dem Brief ist ein Handzettel mit folgendem Inhalt beigelegt:

### Der Zukunftsstaat.

III.

Die Aufgaben des sozialistischen Staates. Die Schulfrage.

Von wesentlicher Bedeutung ist die Einrichtung von Begabenschulen aus solchen Schülern, die früh aus der großen Masse hervortreten, sich durch besondere Begabung und Fleiß auszeichnen und denen man dann getrost ein gegenüber dem normalen Schulpensum erheblich höheres Arbeitsmaß zumuten darf. Man hat ja bereits mit den Begabenschulen unter der Losung „Freie Bahn dem Tüchtigen“ den Anfang gemacht. Nur ist leider im kapitalistischen Staat bei dem ungeheuren Andrang der Kinder der Wohlhabenden und den daraus resultierenden Prüfungs- und „Kariere“verhältnissen durchaus nicht dafür gesorgt, daß aus diesen begabten Schülern im Leben etwas wird. Das könnte erst geschehen, wenn die Prüfungsanforderungen für die Hochschulaufbahn und später die Anforderungen bei der Prüfung der Hochschulabsolventen höher gehoben werden, wenn die Zulassung zur höheren Staatsbeamtenlaufbahn nicht von der Zugehörigkeit zu den studentischen vornehmen „Korps“, von „besseren“ Eltern und Vermögen abhängig gemacht wird, sondern von einer bestandenen Konkurrenzprüfung. Wie liegen denn die Dinge heute? Wer die Prüfungsordnungen beim Abiturium von heute und von vor dreißig und fünfzig Jahren verglichen hat, wird unlächerlich gewahr werden, daß die Prüfungsanforderungen gesunken sind. Ich schätze, daß ein Abiturient im mindesten ein Viertel des früher geforderten Pensums in den Sprachen eingetretten ist, ohne daß ein entsprechendes Anstrengen in Mathematik, Geschichte und Naturwissenschaften verlangt worden wäre. Wir haben seit Jahrzehnten unter der beherrschenden Phrase gestanden, daß die Schüler der höheren

Schulen überfordert wären und daß unbedingt eine Abmilderung der Anforderungen durchgeführt werden müsse, wenn kein Schaden an der physischen (körperlichen) und geistigen Entwicklung eintreten solle. Merkwürdig — unsere Väter haben sich nicht in der Schule überarbeitet, heute aber dürfen wir den Schülern nicht zuviel geistige Arbeit zumuten, müssen vielmehr eifrig dafür sorgen, daß sie mehr Sport treiben können. In Wirklichkeit hat die ganze Tendenz unserer höheren Schulanstalten dazu gedient, den Minderbegabten den Weg zur höheren Schullaufbahn, auch zur Hochschulkarriere zu erleichtern. In dem Streben nach körperlicher „Ertüchtigung“ sind die geistig-ethisch-sittlichen Triebe und Motive in einer wirklich erschreckenden Weise hintangesetzt worden. Es sollten eben Bildung und Reichtum herrschen, und da der Reichtum sich nicht der Bildung anpaßt, so mußte halt die Bildung erhalten, es mußte den Sprößlingen der Wohlhabenden, ob bezahlt oder nicht, um jeden Preis der Weg zur höheren Laufbahn geöffnet werden. Möchte die Philosophie und Ethik zum Leutzel gehen, wenn nur das Bewußtsein, daß man zum Herrschen geboren sei, daß die Germanen ein Herrenvolk darstellen, gepflegt wurde. Natürlich durften es heileiche nicht alle Angehörigen des germanischen Herrenvolkes sich einfallen lassen, ihren Anteil am Regieren zu beanspruchen. Laten sie das, so hieß es: „Ja, Bauer, das ist eine andere Sache“, es hieß die Autorität wahren und aufrechterhalten, die Preußen-Deutschland groß gemacht hätte. Und die liberal gesinnten Nationalökonomien in Deutschland konnten auch kein höheres Ziel, als den „königlichen Kaufmann“ zu verherrlichen, der die Weltwirtschaft wie ein über den Wellen schwebender Herrgott in vortrefflichster Weise leitete, man stelle als erstrebenswert hin, daß wir ein Volk von „Kommerzienrätern“ würden, Reichtum in erwarben. Daß es stets nur wenige Glückliche sind, denen im kapitalistischen Staat Reichtum blüht, dieser Reichtum in der Hauptsache aus der Gant der

Massen eigener Volksangehöriger geschnitten wird — eine solche Erwerbung wurde gar nicht erst angestrebt. Insbesondere aber ist der kapitalistische Unternehmer dem heutigen bürgerlichen Nationalökonomien der Inbegriff von Weisheit und Tüchtigkeit. Es gilt geradezu als Frevel, zu fragen, ob denn nicht auch der bescheidene Gelehrte, der Beamte mit Fachbildung Unternehmungen leiten, und zwar im Interesse des allgemeinen Besten leiten kann, während der Unternehmer es ausgesprochenemmaßen nur im eigenen, egoistischen Interesse tut. Im Kriege hat man ja sehr viel Staatssozialismus notgedrungenemmaßen treiben müssen. Aber man frage ja nicht, wie. Es war selbstverständlich bei der Zusammensetzung unseres Beamtenapparates, daß die Leitung wichtiger Stellen an Leute fiel, die das persönlichste Interesse hatten, nachzuweisen, daß der Staatsbetrieb ganz und gar nicht angehe, die Staatsstellen aus natürlichen Gründen viel schlechter wirtschaften müßten als der private Kaufmann und Unternehmer. Und heute erblickt man so alle Weisheit darin, die Kriegsbetriebe nach wiederhergestelltem Frieden nicht etwa zu reformieren, sondern sie aufzulösen — der private Unternehmungsgeist würde schon das Beste finden. Dieser selbe private Unternehmungsgeist, der uns die fürchterlichsten aller Krisen, den Weltkrieg, gebracht hat, soll nun das Kunststück fertig bringen, eine Kriegsschuld von 200 Milliarden abzubauen und das deutsche Volk wieder hochzubringen! Kein Wunder, daß den meisten bürgerlichen Nationalökonomien vor der Zukunft graut, daß sie besürchten, daß Not und Elend geraume Zeit, Jahrzehnte hindurch das Schicksal des deutschen Volkes sein würde. Hier hilft wirklich nichts: wissen die bürgerlichen Nationalökonomien keinen Rat, wie sie in kurzer Zeit das deutsche Volk wieder wirtschaftlich hochzubringen sich getrauen, so sollen sie sich auf ihr Allentheil zurückziehen und dem konsequenten Sozialismus das Feld überlassen!

„Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte!

An Euch, als die schaffenden Kräfte im wirtschaftlichen Leben, lassen wir erneut den Ruf ergehen: Macht Euch endlich frei von dem alten knechtlichen Untertanengeist. Seht Eure ganze Kraft ein, um eine einheitliche Kampforganisation aufzubauen gegen die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung. Die einheitliche Kampffront wird hergestellt auf dem Boden des revolutionären Räteystems. Es gilt jetzt sofort revolutionäre Betriebsräte zu schaffen!

Bildet sofort revolutionäre Betriebsgruppen!

Aufklärung hierüber erhaltet Ihr in der „Zentralstelle der freien Betriebsgruppen Groß-Dresden“.

Der Brief unseres Verbandsfunktionärs fragt an, indem er sehr richtig der Befürchtung Ausdruck gibt, daß die Zerstümmung der Gewerkschaften führen muß, wie sie sich zu dieser Agitation verhalten sollen. Der Zentralvorstand beantwortete dieses Schreiben in folgender Weise:

In Beantwortung Ihres Briefes vom 8. Oktober teile ich Ihnen folgendes mit:

Der Verbandsvorstand steht einmütig auf dem Standpunkt, daß die Betriebsräte nur den Interessen der Arbeiter entsprechend zu wirken vermögen, wenn sie ihre Wirksamkeit entfalten im engen Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation. Die bestehenden Gewerkschaftsorganisationen der Arbeiter und die bestehenden und zu schaffenden Betriebsräte müssen sich gegenseitig durchdringen. Die Betriebsräte sind einzugliedern in den Verwaltungsorganismus der Gewerkschaftsorganisationen, und die Gewerkschaftsorganisationen haben Anspruch auf Vertretung in den Betriebsräten. So werden die Betriebsräte zu Organen der Gewerkschaften und umgekehrt die Gewerkschaften Organe des zu schaffenden Räteystems. Alles andere lehnen wir ab. Auch der Agitation der von Ihnen bezeichneten Zentralstelle der freien Betriebsgruppen stehen wir entschieden ablehnend gegenüber. Die Agitation dieser Stellen führt zur Zerstümmung der Gewerkschaften und damit zur Zerstümmung der bedeutendsten Organisation des Proletariats. Es ist notwendig, daß unsere Funktionäre die Mitgliedschaften hierüber nicht im unklaren lassen und der Arbeit dieser Zentralstelle in schärfster Weise entgegenzutreten.

Sie können von diesem Schreiben den Ihnen als notwendig erscheinenden Gebrauch machen.

Das Schreiben des Zentralvorstandes ist von unseren Filialen zu beachten. Es entspricht der Auffassung, die innerhalb unserer Organisation gegenüber diesen Bestrebungen herrscht; es wird den Filialen als Richtschnur dienen.

Der den mühseligen Kampf um die Gewerkschaften mitgeführt, wer Stein um Stein mit zugetragen hat, um sie in ihrer gegenwärtigen organisatorischen Form aufzubauen, um sie zu einem Machtfaktor zu gestalten, welcher im Wirtschaftskampf gegenüber dem Unternehmertum die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen imstande war, den muß es mit bitterem Schmerz, aber auch zugleich mit Haß erfüllen gegen jene Kreise, die nur um ihrem Parteinteresse zu dienen, die Köpfe der Gewerkschaften zu zerstören suchen. Es ist ein Mißbrauch, der hier zum Schaden der Arbeiterschaft mit derelichen getrieben werden soll. Es bedeutet eine völlige Verkennung der Lage angesichts der bestehenden und zu erringenden großen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, die Arbeiterschaft ihrer wichtigsten Waffe, ihres organisatorischen Zusammenhanges zu berauben und der geschlossenen Macht des Unternehmertums die gepaltete Kraft der Arbeiterschaft entgegenzusetzen. Es zeigt, daß die Kommunisten jede Anknüpfung an historisch Gewordenes, jede weitere Entwicklung im revolutionären Sinn ablehnen. Die Gewerkschaften sind geboren im Schoß der kapitalistischen Wirtschaft. Form und Gestalt entwickelten sich in den jahrzehntelangen Kämpfen gegen die kapitalistische Gewalt.

Die K. P. D. sagt, die Gewerkschaften hätten sich als ein gegenrevolutionäres Instrument erwiesen, und im gegenwärtigen Stadium der Revolution stellten sie ein konterrevolutionäres Werkzeug dar. Die Umformung der Gewerkschaften bis in ihr Kernzentrum, d. h. bis in die Zentralbureaufunktion hinein, brauche eine längere Zeit als die Revolution selbst. Die K. P. D. weiß hiernach schon den Zeitpunkt, an welchem die Revolution abgeschlossen ist.

Wir verurteilen die Haltung der Generalkommission zur Kriegsvollstreckung und auch ihre Stellungnahme in der Revolution als arbeiterschädigend. Darüber hat unser Verbandstag in Plauen keinen Zweifel gelassen. Der Verbandstag der Metallarbeiter, welcher neulich tagte, hat in seiner Mehrheit ebenfalls die Politik der bisher leitenden Gewerkschaftskreise abgelehnt. Diese Tatsachen werden ihre Wirkung nicht verfehlen und die Gewerkschaften im Geiste der bisherigen Opposition beeinflussen. Die Opposition innerhalb der Gewerkschaften ist kräftig erstarkt, und mit der Weiterentwicklung der Revolution werden auch die Gewerkschaften den Verhältnissen entsprechend ihren Kampf einstellen und neue Kampfmittel anwenden. Dieser Prozeß muß sich aber innerhalb der Gewerkschaften selbst vollziehen. Wir müssen auch jede Parteihilfe mit bestimmtem Programm von außen, die mit zerstörend und zerlegend wirken muß, ablehnen. Der organisatorische Zusammenhalt in der Einheitsorganisation ist jetzt mehr denn je geboten!

Unsere Mitglieder werden auf die Tätigkeit der Kommunisten in den einzelnen Orten achten und dafür sorgen, daß deren in Aussicht gestellte zerlegende Tätigkeit nur ein frommer Wunsch bleiben wird, daß sie überall dort, wo sie im Sinne der gegebenen Richtlinien ihre Tätigkeit entfalten, mit aller Schärfe zurückgewiesen werden. Wir selbst werden bestrebt sein, die Gewerkschaften mit revolutionärem Geist zu erfüllen, damit dieselben ihren hohen Aufgaben im Zeichen der Revolution gerecht werden können.

Theorie und Praxis.

Cohen bringt in Nr. 42 des „Correspondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ einen Artikel über „Theorie und Praxis“, welcher sich mit dem „Textilarbeiter“, dessen Schreibweise und der Stellungnahme unseres Verbandes zur Arbeitsgemeinschaft befaßt. Cohen stellt in dem Artikel die Behauptung auf, daß die praktische Tätigkeit des Textilarbeiterverbandes zu der Stellung unseres Verbandstages in Plauen zur Frage der Arbeitsgemeinschaft, wie die Generalkommission sie aufstellt, sowie zu dem Verhalten eines Teils der Delegierten auf dem Nürnberg-Gewerkschaftskongreß in Widerspruch stehe. Zum Beweise dafür wird der Artikel des Kollegen Ködel in Nr. 40 des „Textilarbeiters“ über die „Reichsarbeitsgemeinschaft in der Textilindustrie“ herangezogen.

Cohen überieht, was wir im Schlußsatz unserer Plauener Resolution zur Arbeitsgemeinschaft sagen:

„Daß wir alle weiteren mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft von ihren Gründern verbundenen Absichten ablehnen.“

Der Geschäftsführer Dr. Reichert des Vereins Deutscher Stahl- und Eisenindustrieller sagte in einem Vortrag am 9. Oktober 1918 im „Stahlhof“ zu Düsseldorf über die Notwendigkeit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft:

„Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegziehenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren?“

Hierin wird der Zweck der Gründung der Arbeitsgemeinschaft offenbart: Verhinderung der Sozialisierung der Industrie. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat aber trotz der Erklärung des Dr. Reichert und der Absichten der Unternehmer der Gründung der Arbeitsgemeinschaft zugestimmt, dagegen aber die Schaffung des wirtschaftlichen und politischen Räteystems, welches als revolutionäres Mittel zur Ueberführung der kapitalistischen zur sozialistischen Produktion notwendig ist und von der Arbeiterschaft gefordert wurde, abgelehnt.

Hierin liegt der springende Punkt, und in ihm findet unsere Resolution ihre Begründung. Durch die Generalkommission ist das Räteystem der Arbeitsgemeinschaft zum Opfer gebracht worden.

Wenn wir trotz unserer, der Generalkommission gegenüber, grundsätzlichen Auffassung uns an der Arbeitsgemeinschaft beteiligen, so deshalb, um unter Berücksichtigung der Lage der Textilindustrie der Arbeiterschaft einen höheren Lohnanteil zu sichern und zu binden durch Abschließung von kollektiven Lohn- und Arbeitsverträgen. Die weitere Betätigung in der Arbeitsgemeinschaft steht mit der Lohnfrage in enger Berührung und ergibt sich aus der Begründung der Resolution auf der Generalversammlung. Unsere Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft wird uns in keiner Weise hindern, das Räteystem als wirtschaftliches Kampfmittel zu fordern. Hierin unterscheidet sich unsere Auffassung grundsätzlich von der der Generalkommission.

Die beabsichtigte Verschleierung dieser Tatsachen kann Cohen durch seinen Vorwurf, wir hätten uns der Inkonsequenz schuldig gemacht, nicht erreichen. Was übrigens die Schreibweise des „Textilarbeiters“ mit der Angelegenheit selbst zu tun haben sollte, ist uns nicht recht ersichtlich. Der plumpe Versuch Cohens, gegen den „Textilarbeiter“ Stimmung zu machen, wird nirgends verfangen.

Etwas vom Terrorismus.

Fast in jeder Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“, dem Organ des „christlichen“ Textilarbeiterverbandes, kann man Artikel lesen über angeblich von Mitgliedern des Deutschen Textilarbeiterverbandes verübten Terrorismus. Dieser Terrorismus soll darin bestehen, daß in diesen oder jenen Orten in Betrieben verurteilt wird, Mitglieder des christlichen Verbandes zum Uebertritt zu bewegen. Dies sind diese Artikel, so könnte man glauben, daß die Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes in solchen von den Christen angeführten Orten vor der brutalsten Gewaltanwendung nicht zurückschrecken. Was an diesem Geschrei wahr ist, kann und soll von hier nicht untersucht werden. Sollen diese von der „Textilarbeiter-Zeitung“ angeführten Fälle wirklich vorgekommen sein, so wäre das gewiß zu bedauern, denn Leute, welche durch brutale Gewalt in die Organisation gepreßt oder zum Uebertritt gezwungen werden, werden nie überzeugte Anhänger des Verbandes. Es ist aber Tausend gegen Eins zu wetten, daß in all den angeführten Fällen von der christlichen Organisation etwas grell gefärbt und dick aufgetragen ist.

Ist nun die Zeitung des christlichen Textilarbeiterverbandes der Meinung, daß ihre Mitglieder lauter Engel sind, welche kein Wässerchen trüben? Wir können Beweise erbringen, daß in solchen Gegenden, in denen der christliche Verband noch die Mehrheit besitzt, dieser, um uns Abbruch zu tun, vor den unschönsten Mitteln nicht zurückschreckt. Ein typisches Beispiel ist das Münsterland. Es soll heute an dieser Stelle nichts mehr darüber gesagt werden, in welcher gemeiner Weise uns von Seiten der christlichen Organisation in der Vergangenheit mitgespielt worden ist. Es soll nur daran erinnert werden, daß diese Herrschaften, um uns im Münsterlande nicht auskommen zu lassen, die erbärmlichsten und gemeinsten Mittel angewendet haben. Erinnert soll ferner auch nur daran werden, daß dann, wenn der christliche Terror nicht mehr ausreichte, die Fabrikanten und die Polizei zu Hilfe kamen.

Doch wir sind großmütig genug, alles das zu vergeben und der Geschichte angehören zu lassen.

Seute, wo auch wir in Münsterlande große und starke Filialen haben, deren Mitgliederzahlen in die Tausende gehen (allein in der Filiale Rheine und Umgebung haben wir mehr als 2700 Mitglieder), läge nichts näher, als Vergeltung zu üben. Aber wir tun es nicht, weil wir solche Mittel verabscheuen, weil wir gewöhnt sind, mit offenem Schwert und mit ehrlichen Waffen zu kämpfen. Uns wird die christliche Organisation auch nicht einen Fall nachweisen können, daß wir sie bekämpft, geschweige denn irgendwie Terrorismus ausgeübt hätten. Vesteres kann man aber von den Christen nicht sagen. Unser Ansteigen im Münsterlande ist den Christen ein Stahl im Fleische und sie lassen denn auch kein Mittel unversucht, uns Abbruch zu tun. Freilich kann man uns heute die Lokale nicht mehr abjagen, und Denunziationen haben auch keine Wirkung mehr, weshalb man auch nicht mehr versucht, solche Mittel in Anwendung zu bringen. Aber im geheimen und offen in den konfessionellen Vereinen, wo doch Personalunion besteht, wird um so intensiver gegen uns gewühlt und geheßt. Auch die katholischen Geistlichen begraben die Kirche zum Versammlungslokal und heben dort gegen uns. Und als Nachhilfe suchen die Kapläne unsere Mitglieder in den Wohnungen auf, um sie zum Uebertritt zu bewegen; die Herren treiben also regelrecht Hausagitation für den christlichen Textilarbeiterverband. Katholische Arbeitersekretäre werden in den katholischen Arbeiter-, Gesellen- und sonstigen Vereinen gegen uns losgelassen und behaupten dort nach der bekannten demagogischen Art, die

freien Gewerkschaften stünden im Widerspruch zum Christentum. Die Sekretäre des christlichen Verbandes hüten sich, in der breiten Öffentlichkeit gegen uns zu heben, benutzen aber dafür die Geistlichen und Volksvereinssekretäre, die das anscheinend viel besser verstehen. Bewundert man sich darüber bei den christlichen Beamten und macht man darauf aufmerksam, daß, wenn sie nicht dafür Sorge tragen, daß jene Hege gegen uns eingestellt wird, das Zusammenarbeiten auf die Dauer unmöglich sei, dann erhält man als Antwort: „Ja, dafür kann ich nichts, was jene tun, dafür bin ich nicht verantwortlich.“

In Greben veranstaltete jüngst unsere Ortsgruppe ein Fest, dessen Uebersehbild im Betrage von 100 Mk. dem dortigen Bürgermeister für die heimkehrenden Kriegsgefangenen übergeben wurde. Die „Grebener Nachrichten“, das Sprachrohr der christlichen Gewerkschaften, bringen darauf eine Notiz, in der es stolz und kühn heißt: „Der christliche Textilarbeiterverband, Ortsgruppe Greben, spendete in hochherziger Weise 100 Mk. für die heimkehrenden Kameraden.“ Trotz wiederholter Aufforderung, diese Falschmeldung zu widerrufen und die Sache richtigzustellen, ist dies bis zur Abfassung des Berichts nicht geschehen! Der christliche Verband läßt sich also als Wohltäter preisen auf Kosten des deutschen Verbandes!

In Emsbetten erklärt ein Ausschußmitglied des christlichen Verbandes, daß, wenn Leute entlassen werden sollen, zunächst die „Roten“ hinaus müßten. Galt christlich!

In Sorstmar, einem kleinen Städtchen mit nur einem Betrieb, sind etwa 20 Arbeiter im christlichen Verband organisiert, die übrigen, etwa 75 Arbeiterinnen und Arbeiter, wollen von der christlichen Organisation nichts wissen und schließen sich unserm Verbands an. Unser Vertreter verhandelt mit der Firma und erzielt bedeutende Verbesserungen für die Arbeiterschaft. Was geschieht nun hier? Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt, um die Leute aus dem deutschen in den christlichen Verband herüberzuholen. Hier tut sich besonders ein Kaplan Osterkamp hervor. Derselbe beruft für unsere Mitglieder eine Versammlung ein. Es erscheinen 3 junge Mädchen und 2 Jünglinge, die sich von dem Herrn Kaplan „überzeugen“ lassen und in den Schoß des christlichen Verbandes zurückkehren. Dann wird von demselben Herrn eine zweite Versammlung einberufen, und als er davon Wind bekommt, daß dazu auch unser Vertreter von unserm Ortsvorstand eingeladen ist, sagt er die Versammlung ab. Unsern Kollegen, welche auf der Straße stehen und sich das Schauspiel, nämlich eine Textilarbeiterversammlung mit dem Herrn Kaplan als Referenten, ansehen wollen, erklärt der Herr „Referent“, daß er in der Bekämpfung unseres Verbandes nicht nachlassen würde.

Diese Versammlung, in der der Herr Kaplan uns niederreiten wollte, sollte um 6 Uhr stattfinden. Um 8 Uhr fand dann eine von uns einberufene öffentliche Versammlung statt. Um nun dem Herrn Kaplan in dieser gutbesuchten Versammlung Gelegenheit zu geben (er selbst brachte ja keine Zustände) zu den Arbeiterinnen und Arbeitern zu sprechen, brachte ihm unser Ortsvorstand folgende Einladung unseres Referenten, unseres Geschäftsführers Matthies aus Rheine:

Herrn Kaplan Osterkamp.

Lade Sie hiermit zu der am heutigen Abend, 8 Uhr, bei Herrn Empting stattfindenden Textilarbeiterversammlung ganz ergebenst ein und sichere Ihnen volle Redefreiheit zu. Hochachtungsvoll

S. Matthies.

Die Versammlungsbesucher, sämtlich Mitglieder des Deutschen Textilarbeiterverbandes, freuten sich schon auf die stattfindende Diskussion. Wer aber nicht kam, war der Kaplan; er hatte scheinbar Angst vor seiner eigenen Courage bekommen.

All das hier Angeführte ist freilich kein Terrorismus, nicht wahr, „Textilarbeiter-Zeitung“? Aber es ist eine Hege, wie sie schlimmer nicht getrieben werden kann. Daß die katholischen Geistlichen nicht im Auftrage der christlichen Organisation, sondern eigenmächtig handeln, wird man uns hoffentlich nicht weismachen versuchen. Der jetzige Vorsitzende des christlichen Textilarbeiterverbandes erklärte auf dem Verbandstage in Düsseldorf, daß sie nicht mehr Amboss, sondern Hammer sein wollten. Nun, wenn das Treiben gegen uns so weiter geht, dann wollen auch wir einmal Hammer sein. Und wenn wir der Textilarbeiterschaft auseinanderlegen, daß sie letzten Endes es sind, welche den Nachteil von dieser Keiltreiberei haben, dann werden diese auch bald einsehen, von welcher Organisation ihre Interessen am besten gewahrt werden. Will man also über Terrorismus schimpfen, dann sorge man gefälligst dafür, daß der eigene Schild rein bleibt.

Zum Kohlenmangel in den Flachsrötereien.

II.

In der Sitzung vom vorigen Freitag hat nun der Herr Abgeordnete Hergt in seinem Programm unter anderem darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Erwerbslosenfürsorge abzubauen, er hat darauf hingewiesen, daß die Erwerbslosen produktiver Arbeit zugeführt werden sollen. Er wies darauf hin, daß es Arbeit gebe, z. B. sagte er, beim Mittellandkanal sei die beste Gelegenheit, um für die Arbeitslosen fruchtbringende Arbeit zu leisten. Ich möchte doch an dieser Stelle darauf hinweisen, daß die Textilarbeiter, die fast zu neun Zehnteln aus Frauen und Jugendlichen bestehen, kaum in der Lage sein können, am Mittellandkanal fruchtbringende Arbeit zu leisten. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Es wird deshalb nicht anders gehen, als daß, solange die Beschränkung bestehen bleibt, eine den Verhältnissen entsprechende Unterfütterung weiter gewährt werden muß.

Nach dieser kleinen Abschweifung gestatten Sie mir, wenn ich das Bild veranschaulichen soll, zu der Hauptfrage zurückzukehren. Nachdem wir infolge der in den letzten Jahren gestiegenen Anbaufläche verhältnismäßig große Flachsmengen ernten, würden wir in der Reinenindustrie vieler Sorgen ledig sein können. Da drängt sich doch eine neue Sorge auf: der geerntete Flachss kann nicht reiflos verarbeitet werden. Der Flachss muß, nachdem er gerauft und entkörnt ist, ehe er eine spinnfertige Faser abgibt, einen

chemischen Prozeß durchmachen. Er muß geröstet werden, die Flachsfaser muß von dem dünnen Holzstengel losgelöst werden, ähnlich, wie der Bast der Korbweide vom Holzstengel losgelöst werden muß. Doch ist hier der Prozeß ein anderer.

Man unterscheidet nun zwei Arten von Flachsrösten. Die eine Art ist die sogenannte Warmwasser- oder Kanalröste, die zweite Art die Tau- oder Naturröste. Bei der Warmwasser- oder Kanalröste — ich will Ihnen das etwas in Bilden veranschaulichen — muß der gebündelte Flach in einen gemauerten Kanal oder in ein Bassin gelegt oder gestellt werden, dieses Bassin wird mit Wasser gefüllt, dem bestimmte Zusätze gegeben worden sind, und es wird dann das Wasser durch heißen Dampf erhitzt. Dieser Prozeß dauert etwa drei bis vier Tage; dann kommt der auf diese Weise vorbereitete Flach in eine Trockenkammer. Diese Trockenkammer wird auf 90 bis 100 Grad erhitzt, und nunmehr ist erst der Prozeß des Flachsröstens beendet. Hierzu bedarf es jedoch großer Mengen Kohle. Es werden beispielsweise für den Doppelzentner Strohflachs 140 Kilo Steinkohle gebraucht. Sie sehen also, es werden gewaltige Mengen Kohlen verbraucht, wenn wir bedenken, welche gewaltigen Mengen wir an Flach gerannt haben: Ich sagte vorhin schon, wir haben eine Ernte von 2 100 000 Doppelzentner.

Im Gegensatz hierzu geht nun die Tau- oder Naturröste vor sich; der Flach wird auf einer Wiese ausgebreitet, er bleibt dann liegen, und Sonne, Wind und Regen tun das ihrige, bis die Lösbarkeit des Bastes vom Holzstengel sich einstellt. Das dauert je nach der Witterung 4 bis 10 Wochen. Es ist also ein sehr langwieriger, aber auch ein sehr kostspieliger Prozeß. Die Deutsche Flachsbau-Gesellschaft hat nun versucht, den Flach in der Natur zu rösten, hat versucht, dazu geeignete Plätze ausfindig zu machen, und hat Plätze, über die bis jetzt die ehemalige Oberste Seeresleitung verfügte, nämlich die Flug- und Schlepplätze, in Aussicht genommen. Diese Plätze müssen selbstverständlich Eisenbahnansehluß haben und sie müssen eine Grasnarbe haben; sonst ist der Flach nicht gebrauchsfähig. Nun verlangt aber der Fiskus für einen solchen Flugplatz, auf welchem im Jahre höchstens 10 000 Doppelzentner geröstet werden können, eine Pachtsumme von 25 000 bis 30 000 Mk. (Hört, hört!) Ich möchte hierbei nochmals hervorheben, daß nur 10 000 Doppelzentner in einem Jahre auf einem solchen Plage geröstet werden können. Da können Sie sich selbst ausrechnen, was für eine ungeheure Verteuerung des Rohstoffes eintreten muß.

Nun kommen aber noch weitere Kosten hinzu. Das Flachstroh muß vom Ernteblock Hunderte von Kilometern, vielleicht von Pommern nach Schlesien, gefahren werden, muß dort geröstet werden und dann an den jeweiligen Bestimmungsort wieder zurückfahren. Das macht bei den heutigen hohen Frachtsätzen wieder ungeheure Kosten, so daß der Rohstoff ganz außerordentlich verteuert worden muß. Es kommt weiter hinzu die viel längere Arbeit bei der Naturröste. Ich sagte vorhin schon, daß das Naturröstverfahren ein Verfahren ist, welches ungefähr 4 bis 10 Wochen dauert. Der Flach muß von Zeit zu Zeit gewendet und bearbeitet werden. Das kostet bei den heute verhältnismäßig erheblich höheren Löhnen selbstverständlich wieder mehr, und die Verteuerung muß immer auf das fertige Produkt geschlagen werden.

Wenn man nun weiter in Betracht zieht, daß es sich bei dieser außerordentlichen Maßnahme um eine förmliche Notstandsaktion handelt, die nur aus der Not der gegenwärtigen Zeit geboren ist, so kann man den Standpunkt der Regierung nicht verstehen, die für diese Plätze so hohe Pacht verlangt. Es wird also eine ganz bedeutende Ermäßigung eintreten müssen. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Es werden aber noch mehr Notplätze gebraucht als die bereits in Aussicht genommenen, wenn der vorhandene Flach überhaupt bearbeitet werden soll. Wenn aber der Staat mit so hohen Forderungen, mit so schlechtem Beispiel vorangeht, so ist es ganz selbstverständlich, daß die Privatbesitzer größerer Wiesenflächen sich den Preisen des Staates anlassen. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratischen Partei.) Selbstverständlich tritt dadurch wieder eine Verteuerung ein.

### Heraus, Posamentierer!

Von neuem ertönt der Ruf an Euch, das Schmerzenskind des Verbandes. Doch Ihr dürft es nicht mehr sein. Haben wir in Dresden für die Militärposamentierer einen Tarif abgeschlossen, so muß nun in nächster Zeit die Möbelbranche folgen. Doch hier fehlt es den Kollegen noch an dem nötigen Einigungssinn. Auch ist diese Tarifverhandlung zeitraubend, da hier einzelne Meister selbst arbeiten oder nur einen Gehilfen oder zwei Lehrlinge beschäftigen. Mit jedem Posamentenfabrikanten muß persönlich abgeschlossen werden, da sie keinem Unternehmerverbande angehören. In Dresden ist die Zahl der Posamentierer sehr zusammengeschmolzen. Ein Teil der Kollegen ist nicht mehr in den Betrieb zurückgekehrt, da sie lohnendere Beschäftigung gefunden haben. Etlliche Kollegen sind aus der Gefangenschaft noch immer nicht zurückgekehrt. Ich halte es für zweckmäßig, daß sich die Möbel- und Militärposamentierer mit den engverwandten Bandwebern vereinigen. Namentlich in Drischkaffen, wo eine der Branchen nicht vorherrschend ist. Man würde dadurch den Verhandlungsbesuch wesentlich heben und die Interessen für ein gemeinschaftliches Zusammenarbeiten fördern. Auch die uns noch in den meisten Posamentenbetrieben fernstehenden Arbeiterinnen können wir dann besser von der Notwendigkeit der Organisation überzeugen. Sind doch in den Bandwebereien und zum Teil auch in den Militärreffensfabriken Arbeiter an Webstühlen beschäftigt. Durch die Zusammenlegung dieser drei Branchen sind wir der Verständigungsmöglichkeit schon nähergerückt. Nur muß noch die Verständigung sämtlicher Posamentierer und verwandten Branchnarbeiter herbeigeführt werden.

Die Anregung des Kollegen Müller-Leipzig ist nur zu begrüßen und kräftig zu unterstützen. Nur ist mit der Adressensendung an Kollegen Porges-Berlin nicht viel gedient. Ich werde den Vorschlag Müllers erweitern; es sollen in nächster Zeit an sämtlichen Orten Branchenversammlungen unter Hinzuziehung der Militärposamentierer und Bandweber stattfinden, wo das noch nicht geschehen ist, um gemeinsam einen Branchenobmann zu wählen, vorausgesetzt, daß nicht die eine oder andere Branche für sich, infolge größerer

Mitgliederzahl, einen Obmann beansprucht. Sollten jedoch Streitigkeiten entstehen, so wolle man die Verständigungsmöglichkeit im Auge behalten und sich einigen. Für die in nächster Zeit in Aussicht stehenden Branchenversammlungen müssen die Betriebsvertrauensleute dahin unterrichtet werden, daß sie dann in der Versammlung einen kurzen Bericht über die Entlohnung, das zu verarbeitende Material, Urlaub und Beschäftigungsgang des Betriebes geben können. Im Hand dieses Materials ist der Branchenobmann in der Lage, einen Bericht an Kollegen Porges, Berlin S.O. 16, Melchiorstraße 8, gelangen zu lassen. Kollege Porges ist dann über die gesamte Lage der Posamentierer unterrichtet. Das Material muß von ihm bearbeitet werden und ist dann der Zentrale zwecks Einberufung einer Posamentiererkonferenz vorzulegen. Diese Konferenz muß für alle drei Branchen in Frage kommen.

Ich will hoffen, daß dieser Bedruf nicht ungehört an den Kollegen vorübergehen wird. Also an die Arbeit, damit Kollege Porges in Kürze von der Lage unserer Branche Kenntnis erhält und ihm die Möglichkeit gegeben wird, einen zweckentsprechenden Bericht über den Erfolg durch die Zeitung zu geben. **Willy Reisch, Dresden.**

### Aus der Handschuhindustrie.

Am Sonntag, den 19. Oktober, fand in Hartmannsdorf, im Gasthaus zur Stadt Chemnitz, eine stark besuchte Versammlung der Arbeiterausschüsse aus der Handschuhindustrie des Gaues Chemnitz statt. Sämtliche in Frage kommenden Betriebe des Chemnitzer Bezirks waren vertreten. Die Tariffrage und die Stellungnahme der Handschuhfabrikantenvereinigung zu den Beschlüssen der zentralen Tariffkommission, im besonderen der Ferienfrage, waren Punkte eingehender Diskussion. Der Gauleiter, Kollege Sachse, berichtete in ruhiger, objektiver Weise über den Stand der gepflogenen Verhandlungen und die Ursachen, die zum Scheitern derselben führten. Er führte ungefähr folgendes aus:

Die Revolution hat die erwartete Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus nicht gebracht. Noch besteht er in seiner ganzen trotigen Kraft und seinen, die Arbeiterklasse verelendenden Tendenzen. Die Arbeiterklasse kann jetzt nur durch Erringung hoher Lohnfestsetzung bei Tarifabschlüssen das weitere Sinken ihrer Lebenslage verhindern. Das wenige durch die Revolution Errungene muß unter allen Umständen festgehalten werden. Der Achtstundentag, seit 1890 von der Arbeiterchaft stürmisch gefordert, ist in Wirklichkeit. Nach langen harten Auseinandersetzungen ist es gelungen, durch Beschluß der zentralen Tariffkommission, für die Textilindustrie die Arbeitszeit unteren Grundsätzen entsprechend zu regeln. Die 46-Stunden-Woche ist durch diese zentrale Regelung für die ganze Textilindustrie sanktioniert. Ebenso haben andere für uns grundsätzliche Fragen durch Beschluß der zentralen Tariffkommission ihre Erledigung gefunden. Ist es uns auch nicht gelungen, die Akkordarbeit zu beseitigen, so haben wir wenigstens die Festsetzung von Garantielöhnen, unter die kein Akkordarbeiter mit seinem Lohn sinken darf, erreicht. Alle Versuche in Sachen Ferien für die Arbeiterchaft einzuführen, scheiterten an dem ablehnenden Standpunkt der Unternehmer. Erst im August dieses Jahres gelang es, auch hier Breche zu schlagen, und durch Beschluß der zentralen Tariffkommission die Ferienfrage für die Textilindustrie in ganz Deutschland in befriedigender Weise zu regeln. Alle diese für uns grundsätzlichen Forderungen sind durch Beschlüsse der zentralen Tariffkommission bewilligt und anerkannt worden und haben dadurch für ganz Deutschland Geltung erlangt. Die Anerkennung dieser Beschlüsse durch die Arbeitgeberorganisationen muß unter allen Umständen verlangt werden, sie muß Voraussetzung für alle Tarifabschlüsse sein. Die Anerkennung dieser Beschlüsse als für sie bindend lehnt die Handschuhfabrikantenvereinigung von Limbach ab.

Rebner ging dann näher auf die Situation und den Stand der Tariffrage in der Handschuhbranche ein.

Im Frühjahr dieses Jahres gelang es nach einigem Hin und Her über die Frage, welche Arbeitgeberorganisation für den Abschluß eines Tarifs für die Handschuhbranche zuständig ist, zwischen dem Deutschen Textilarbeiterverband und der Stoffhandschuh-Fabrikantenvereinigung von Limbach und Umgegend einen Tarif abzuschließen. In den letzten Tagen vor Ablauf dieses Tarifs und Abschluß eines neuen faßte die Fabrikantenvereinigung den einstimmigen Beschluß, für dieses Jahr in ihren Betrieben keine Ferien zu gewähren und die Bedürfnisfrage zu vernachlässigen. Damit hatte man sich in offensichtlichen Gegensatz zu den Beschlüssen der zentralen Tariffkommission, im laufenden Jahr von August bis September vier Tage Ferien zu gewähren, gebracht. Am 30. September fanden dann Verhandlungen zwecks Abschlußes eines neuen Tarifs statt, wobei die Arbeitgeber, in Konsequenz ihres Beschlusses, die Ferienbewilligung beharrlich ablehnten. Erst nach stundenlangen Verhandlungen erklärten sie sich bereit, die Ferien für die Tage zwischen Weihnachten und Neujahr gewähren zu wollen. Ein solches Angebot mußte abgelehnt werden, denn mit seiner Annahme wäre die Ferienfrage mitsamt der an ihr beteiligten Arbeiterchaft gegenüber anderen Berufsgruppen nur lächerlich gemacht worden. Das konnte die Tariffkommission nicht zulassen; bei der Stellungnahme der Arbeitgeber mußte, nachdem weiteres Entgegenkommen abgelehnt war, die Verhandlung als gescheitert abgebrochen werden. Zu den neuen vom Textilindustriellenverband zum 14. Oktober anberaumten Verhandlungen zogen es die Herren Arbeitgeber vor, nicht zu erscheinen und so den Abschluß eines Tarifs, der den Beschlüssen der zentralen Kommission Rechnung trägt, zu hintertreiben; der Abschluß eines neuen Tarifs ist so von den Arbeitgebern auf das tote Gleis geschoben worden. Sie mögen die Verantwortung für alles weitere sich hieraus ergebende tragen.

Die sich anschließende Aussprache war eine äußerst rege und zielklare. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Mit dem festen Willen, sie in die Tat umzusetzen und nichts unversucht zu lassen, die berechtigten Forderungen zum Durchbruch zu bringen, ging man auseinander. **W. R.**

### Aus der Textilindustrie.

Teilweise Wiederausführung von Kammgarnen. In der Reichsstelle für Textilwirtschaft (Ausland-Abteilung, Berlin, Schadowstr. 45) hat am 6. Oktober eine Sitzung des Aus-

schusses der Textilaußenhandelsstelle und am 7. Oktober eine Sitzung des Unterausschusses der Außenhandelsstelle der Reichswirtschaftsstelle für Wolle (Berlin, Mohrenstr. 10) stattgefunden. In dieser letzteren Sitzung beantragte Herr Floß, Webfabrikant in Reichshaus, Ausfuhrverbot für Kammgarne. Die Spinnfabrikanten verlangten, aus importiertem Material hergestellte Kammgarne wieder ausführen zu dürfen. Dem wurde gutachlichlich nur soweit stattgegeben, daß nur die Hälfte ausgeführt werden dürfe. Bei dem hohen Preis für Rohmaterial aus dem Auslande, wurde gesagt, müssen schnell Gegenwerte an das Ausland geliefert werden; da könnte man nicht warten, bis eine Sendung Rohmaterial aus dem Auslande nun in Deutschland alle Arbeitsabteilungen bis zur konfektionierten Ware durchläuft und dann als Fertigfabrikate und somit als Gegenwert an das Ausland wieder zurückgelangt. Also, um überhaupt Rohmaterial bekommen zu können und in Kürze die Lieferung in Gegenwerten ausgleichend zu gestalten, um immer wieder von neuem Rohmaterial zu bekommen — und somit vermehrte Arbeitsgelegenheit — konnte der Wunsch der Kammgarnweber nicht erfüllt werden. Da nun von der Produktion 50 Prozent ins Ausland verbleiben müssen, so wird auch die Beschäftigungsmöglichkeit in den Kammgarnwebereien immer besser werden. Unsere Vertreter stimmten zu, um überhaupt das Wirtschaftsleben in der Textilindustrie wieder in Gang zu bringen.

Die Rohstoffversorgung der deutschen Textilindustrie. Ueber die Versorgung der deutschen Textilindustrie mit Rohstoff wird uns aus bester Quelle folgendes gemeldet: Baumwolle ist in bestimmten Mengen, so daß mehrere Fabriken in größerem Umfange arbeiten können, eingetroffen, auch glaubt man, daß die spätere Versorgung mit diesem Material gewissermaßen ziemlich gesichert sei. In bezug auf Kunstwolle stehen den Wollwarenfabrikanten jetzt bereits größere Mengen in Aussicht. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß vom Auslande erhebliche Quantitäten in Kunstwolle auf absehbarer Zeit nicht erwartet werden können. Daß die deutschen Wollen nicht hinreichen, um den Bedarf der deutschen Wollindustrie auch nur im allerbedeutensten Umfange zu decken, ist bekannt; im allgemeinen sind die Ankünfte überseeischer Wollen noch völlig unzureichend, doch haben sich die Ausfichten besser gestaltet, wobei jedoch zu bemerken ist, daß auf ein Zurückgehen der Preise für das Rohprodukt nicht nur nicht zu rechnen ist, sondern daß die ohnedies sehr hohen Preise noch weiter steigen werden. Die Einfuhr von Hanf hat sich gebessert, für Jute bleibt sie durchaus unzureichend, so daß die Juteindustrie in der Hauptsache noch immer auf Ersatzstoffe angewiesen ist. Aus allen diesen Tatsachen ergibt sich, daß die während des Krieges von der Textilindustrie benötigten Erjakrohstoffe auch weiterhin eine Rolle spielen werden.

### Berichte aus Fachkreisen.

Brandenburg a. S. Am 10. Oktober wurde nach dreitägiger Verhandlung vor der hiesigen Handelskammer ein neuer Lohnarif erzielt, der gewisse Mindestlöhne vorsieht, die zwar nicht den Hoffnungen der Forderungen voll entsprechen, doch steht der Tarif eine Verbreiterung der Akkordlohnbasis um 60 Proz. vor, die nicht unterbietet werden darf. Die wichtigsten Punkte des abgeschlossenen Tarifes lauten: Für gleiche Akkordarbeit soll gleicher Lohn gezahlt werden, gleichviel ob die Arbeit von Männern, Frauen oder Minderjährigen ausgeführt wird, und zwar ist in diesem Falle der höchste Männerlohn als Akkordbasis anzunehmen. Für wichtige Gänge während der Arbeitszeit bis zu zwei Stunden Dauer darf vom Lohn nichts abgezogen werden, wenn die Dringlichkeit nachgewiesen werden kann. Wird eine Arbeit, welche normalerweise in Akkord hergestellt wird, ausnahmsweise in Lohn angefertigt, so sind 10 Proz. Lohnaufschlag als Akkordausgleich zu zahlen. Außerhalb der Arbeitszeit können in der Fabrik Verbandsbeiträge fassiert, Verbandsnachrichten verbreitet oder sonstige Verbandsinteressen wahrgenommen werden. Ferien erhält jeder Arbeitnehmer, und zwar bei einjähriger Arbeitsdauer bei der betreffenden Firma 3 Wochenentage, bei dreijähriger Arbeitsdauer 5 Wochenentage und bei fünfjähriger Arbeitsdauer 6 Wochenentage. Der Tarif läuft bis zum 1. Juli 1920. Aufertarifflich wurde noch erreicht, daß allen männlichen Arbeitern, die während der ganzen Kriegszeit bei der betr. Firma gearbeitet haben, also nichts von den hohen Löhnen in der Munitionsbearbeitung profitiert haben, eine einmalige Wirtschaftshilfe von 150 Mk., allen solchen weiblichen Arbeitern von 100 Mk. gezahlt wird.

Crimmitschau. In den nächsten Tagen wird das Protokoll von der Verbandsgeneralversammlung in Plauen herausgegeben. Der Preis für ein Exemplar beträgt 1 Mk. Bestellungen werden von den Unterkassieren des Verbandes sowie im Bureau, Gartenstraße 13 II, entgegengenommen. Wir machen die Kollegen und Kolleginnen besonders aufmerksam auf das vorzügliche Referat des Kollegen Hermann Jädel sowie auf das des Professors Balko über „Sozialisierung“. Es regt im Interesse eines jeden Verbandskollegen, sich über die Änderungen des Statuts zu informieren. Grundlegende Änderungen sind vorgenommen, die jedes Mitglied kennen muß.

Die Ortsverwaltung. Anton Kittel, Schriftführer. Crimmitschau. Eine glänzend besuchte Mitglieberterversammlung unseres Verbandes fand am Freitag, den 17. Oktober, im großen Turnhallensaal statt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem die Wahl des Vorstehenden. Es wurden die Kollegen Anton Kittel und Reinhard Hirsch vorgeschlagen. Darüber entspann sich eine lebhaft ausgeführte Diskussion. Kollege Läufer, Kommunist aus echtem Schrot und Korn, wie auch Kollege Weingarten, regten sich mehrere Male tüchtig ins Zeug für den Kollegen Hirsch, damit nicht etwa der noch unabhängiger Seite vorgeschlagene Kollege Anton Kittel Vorstehender werden sollte. Schließlich wurde aber dem Kollegen Geschäftsführer Philipp der Vorzug bis zum Schluß des Geschäftsjahres übertragen. Sodann berichtete Kollege Kitzsch über die Tarifverhandlungen am 6. sowie am 11. und 12. Oktober. Die Versammlung war im allgemeinen mit den Arbeiten der Tariffkommission resp. Verbandstunskommission zufrieden. Kollege Sammer, als grundsätzlicher Gegner von Tarifverträgen, meinte, daß diese nur dazu dienen, die Bewegensfreiheit der Arbeiterchaft zu behindern, und daß nur die Unternehmer den Nutzen davon hätten. Kollege Kossak warnte sich in der Hauptsache gegen die Länge der Vertragsdauer. Auch die Vertreter der Arbeiter in der Verhandlungskommission hatten sich dort dagegen ausgesprochen, mußten sich aber notgedrungen beschreiben und dem Vertrag, um ihn nicht lebend im Grabe zu lassen, ihre Zustimmung geben. Aus verschiedenen Beiträgen wurde berichtet, daß dort Bettel angeschlagen worden sind, durch die Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit verboten werden. Das unpassende Verhalten einiger Fabrikanten während der neuerlich mit den Arbeiterausschüssen geflorenen Verhandlungen wurde gebührend gekennzeichnet. Auch wurde gewünscht, daß die Gewerkschaften ihren ganzen Einfluß ostend machen möchten, um die Mißstände, welche sich in letzter Zeit im Arbeitsnachweis herausgebildet haben, zu beseitigen. Dann wurde den Lokalangehörigen das Gefühl, daß die Bureaukratiearbeiter haben, ausgedrückt. — Hieran schloß sich Herr Sachse aus Dresden einen kurzen wissenschaftlichen Vortrag über die Heilkraft der

Kräuter. Er empfahl den Anwesenden ein davon handelndes Buch...

Dresden. In der Zentralthalle tagte am 23. Oktober die Branchenversammlung der in den Färbereien, chemischen Waschanstalten...

Dobritz. Am Mittwoch, den 15. Oktober, fand im Gasthof Dobritz unsere gutbesuchte Monatsversammlung statt...

Ebingen. Am Samstag, den 18. Oktober, fand im „Gasthaus zum Schiff“ unsere außerordentlich gut besuchte Quartalsversammlung statt...

Friedberg a. Orlis. Die Filiale hielt am 9. Oktober die Monatsversammlung ab, welche von 150 Mitgliedern besucht war...

Grimma. Am Freitag, 10. Oktober, tagte eine Mitgliederversammlung hier. Der Bericht von der Branchenkonferenz der Tüll- und Spitzenweber...

M.-Glabbach. Die katholischen Arbeiter wollen brav und fleißig sein. In Nr. 231 der „Westdeutschen Landeszeitung“ vom 4. Oktober 1919 öffnet ein Jemand seine schmerzgerissene Seele...

richtig! bezeugt. Wenn Arbeiter die Anerkennung der Westdeutschen finden, dann ist dieselbe reichlich verdient. Hat denn jemals ein Mensch...

Großschöna. Am 15. Oktober fand im Kretscham in Jonsdorf eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der hiesigen Textilarbeiter statt...

GutsMuth (Breitgau). Am 12. Oktober hielten wir in der Bahnhofswirtschaft unsere Monatsversammlung ab, die besser hätte besucht sein sollen...

Marlissa. In unserer am 16. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung sprach Kollege Kutschan, Lauban, über das Tarifwesen. Er zeigte die Bedeutung der Tarife für die Arbeiter, aber auch, wie schwer es ist...

Mühlau-Reichthausen. Sonnabend, den 18. Oktober, fand im „Bayerischen Hof“ unsere Quartalsversammlung statt, welche besser besucht sein konnte...

hat uns die politische Rechte gebracht, aber die Befreiung der Arbeiterklasse aus wirtschaftlichem Gebiet von den Ketten des unerbittlichen Kapitalismus ist Aufgabe einer starken Organisation.

Literatur.

Neue-West-Kalender. Der in seinem 44. Jahrgang vorliegende Neue-West-Kalender für das Jahr 1920 (Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg) ist erschienen...

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 2. November, 11/2 der 44. Wochenbeitrag fällig.

In unsere Ortsverwaltungen! Die Ortskassierer sind gebeten, sämtliche alte Eintritts- und Beitragsmarken umgehend an die Hauptkasse einzuliefern.

Gesuche von Gauhilfsarbeitern, Geschäftsführern und Hilfsarbeitern.

Für den Gau Hannover (Sitz Hannover) unseres Verbandes wird zum baldigen Antritt eine Hilfskraft gesucht.

Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verbandsleben bestens vertraut sind und die erforderlichen agitatorischen und schriftgeübten Fähigkeiten haben...

Abtreffenänderungen. Gau-Hannover, Bramsche. Der Vorsitzende ist zu streichen. Briefe vorläufig an den 2. Vorsitzenden, Ernst Schüller, Otterkamp 9.

Gau Cassel. Mühlhausen i. Th. Der Vorsitzende ist zu streichen. Gau Düsseldorf, Coesfeld. V: Th. Althaus, Münsterstr. 8.

Gau Hildesheim. V: Rudolf Patberg, Schreinerstr. 28. K: Erhard Gerhards, Geschäftsführer, Karlsruh. 8a.

Gau Hildesheim. V: Walter Paul, Breitestr. 24. Gau Hildesheim. V: Karl Stumpf, Nr. 282. K: Jos. Heumann, Nr. 202.

Gau Hildesheim. V: Karl Stumpf, Nr. 282. K: Jos. Heumann, Nr. 202. Gau Gera. V: Frau Rosa Simon, Scheizer Str. 10.

Zeulenroda. V: A. Keller, Hohestr. 73a. Gau Hildesheim. V: Johann Kozendörfer, Nr. 80.

Sorg. K: Georg Weber, Affenweg 6. Schwarzenbach a. W. Nr. 10.

Gau Chemnitz. Vimbach. V: Walter Rabe, Geschäftsführer, Moritzstr. 15. Gau Neugersdorf. V: Anton Tag, Vitzschkeberg 18.

Seidenberg. Der Vorsitzende ist zu streichen. Gau Berlin. Finsterwalde. K: Wilhelm Ratusch, Schützenstr. 14.

Jüllichau. V: Gustav Schwenger, Krauthof bei Jüllichau, Nr. 14.

Ortsverwaltungen. Neugersdorf. Die Stelle des 1. Geschäftsführers ist besetzt; gewählt ist Heinrich Richter, Neichenau i. Sa. Allen Bewerbern besten Dank.

Die Ortsverwaltung. J. A.: Penker. Oberachern. Die Mitgliedsliste auf Valentin Vogel, geb. den 21. November 1875 zu Kappelrodt, eingetretten den 18. März 1919 zu Oberachern, laudens, ist vorliegen gegangen.

Die Mitgliedsliste auf Valentin Vogel, geb. den 21. November 1875 zu Kappelrodt, eingetretten den 18. März 1919 zu Oberachern, laudens, ist vorliegen gegangen. Die Karte wolle man bei etwaigem Auftauchen anhalten und dem Unterzeichneten einliefern. Josef Striebel.

Totenliste. Gestorbene Mitglieder. Bahreuth. Matthias Schwarz, Spinnereiarbeiter, 52 J., Lungenleiden.

Crimmitschau. Ida Gütter, 59 J., Hedwig Wehner, 51 J., Alma Friedrich, 61 J., Wilhelmine Georgie, 71 J.

Görlitz. Weberin, Anna Bachmann, Weberin, 48 J., Lungentuberkulose. Greiz. Volkmar Müller, Färber, 66 J., Wasserleucht. Robert Leber, Färber, 53 J., Dolau.

Reupthen. Karolina Kämmerle, 24 J., Gehirnhautentzündung. Kirchberg. Elise Frieda Schmil, 22 J., Ruhr. Rimbach. Robert Steinert, Wirt, 58 J., Lungenleiden.

Otto Böhndel, Färbereiarbeiter, 57 J., Herzbeutelentzündung. Neudorf. Kapfer Wehler, 49 J., Magenleiden. Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte. Mitglieder-Versammlungen. Berlin. (Debatte, Preffer u. Seidenbandweber.) Sonnabend, 8. Nov., bei Schulz, Stallschneiberstr. 30, Zahlabend.

Berga (Ostf.). Sonnabend, den 8. November. Frankenberg. Sonnabend, den 8. Nov., abds. 8 1/2 Uhr, im „Tunnel“.

Freiberg. Dienstag, 4. Nov., in der „Anion“, Bertelsdorfer Straße. Magdeburg. Mittwoch, 5. Nov., im „Diamantbräu“, Berliner Straße.

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 1. November. Verlag: Karl Köhler in Falkenberg-Alt-Ollend. - Verantwortlich für alle selbständigen Artikel: Hugo Preller in Blauen i. S., für alles andere: Paul Wagener in Berlin. - Druck: Bornhördt Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kollegen weiter.